

ZdJ

Zeitung
der
Jungsozialisten
Georgsmarienhütte

Nr. 1 - Sept. 1977 Für Mitglieder kostenlos / Ubrige -,50 DM
Verantwortlich: Johannes Börger / Benno Haunhorst / Rainer Korte

Inhaltsverzeichnis

Zur neuen Zeitung	Seite 2
Päpstlicher als der Papst	Seite 3
Neuer Juso-Vorstand in G.M.Hütte	Seite 8
"Russell - Tribunal"	Seite 10
SPD-Ortsvereinversammlung vom 5.8.77	Seite 11
Bücher	Seite 13
Straßenplanung in Georgsmarienhütte	Seite 15
Nachrichten	Seite 16

Redaktionsschluß für die Nr. 2 der 'Zeitung der Jungsozialisten' ist der 1. Oktober 1977.

Liebe Genossinnen und Genossen !

Bert Brecht ließ seinen Mi-en-leh im "Me-ti. Buch der Wendungen" sagen:

"Der Verein, das sind die Bekannten und Erreichbaren, viele Kennenlernenden und Erreichenden in der Masse der Unbekannten."

Die Jusos in Georgsmarienhütte - zwar kein Verein aber Teil eines Vereins und eine Arbeitsgemeinschaft mit immerhin über 100 möglichen Mitgliedern - sind sich in der Regel nicht unbedingt bekannt.

Aber - sie sind erreichbar, beispielsweise durch diese Zeitung. Und das ist das erste Ziel, welches sich die Zeitungsmacher gesteckt haben. Zeitungsmacher, das sind die derzeit aktiv in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeitenden Jusos.

Und von dieser Arbeit soll hier berichtet werden, von dem, was wir an Aktionen hinter uns haben und von den Aktionen, die vor uns liegen, aber auch von Diskussionen, die wir immer wieder über all das führen, was mit der Arbeit in der SPD zusammenhängt. In dieser Ausgabe nehmen wir Stellung zum Benneter-Konflikt.

Wir haben uns ein weiteres vorgenommen: Zum Mitmachen anzuregen, Euch auf dem laufenden zu halten und Zündstoff für eigene Überlegungen zu liefern.

Das ist viel - und diese Zeitung kann nur ein bescheidener Versuch sein.

Wenn sie dazu beitragen würde, daß die Erreichten demnächst zu den Bekannten gehören, wäre das für den Anfang schon genug.

Ü b r i g e n s :

Die Jungsozialisten, die aktiv sind bzw. mitmachen möchten, treffen sich regelmäßig ab September

Freitags um 18.30 Uhr im Jugendzentrum

in Alt-Georgsmarienhütte, Hochstraße. Hier wird über die Juso-Arbeit gesprochen und beschlossen, was zu tun ist. Genossinnen und Genossen, Ihr seid willkommen!



Päpstlicher als der Papst
Ein Rückblick auf den Benneter-
Konflikt

Am 20. März 1977 wurde auf dem Juso-Bundeskongreß in Hamburg ein neuer Vorsitzender der SPD Jugendorganisation gewählt: Klaus-Uwe Benneter, Rechtsanwalt aus Berlin. Man sollte meinen, dies sei ein normaler Vorgang in unserer parlamentarischen Demokratie. Nichts da! Was eigentlich passiert war, konnte man in den nächsten Tagen in der heimatlichen Presse lesen:

Die bürgerliche Presse

Die Jusos waren "in den eisigen Wind von Stamokap" geraten (NOZ 29.3.77); "die Jungsozialisten sind zu einem großen Teil nicht mehr demokratisch" (JU-Pöttering, NOZ 2.4.77); sie sind nicht mehr gewillt, "sich eindeutig und ausschließlich auf einen friedlichen und evolutionären Weg politischer Veränderungen festzulegen", ja sie sind sogar bereit, "gewaltsame und militärische Maßnahmen bewußt in das Arsenal ihrer strategischen Mittel aufzunehmen" (JU-Wellmann, NOZ 26.5.77). Ein Gespenst geht um in Deutschland - das Gespenst des Kommunismus. Breschnew ist der Größte und Benneter sein Prophet.

Das Interview...

Unter dem Druck der rechten veröffentlichten Meinung sah sich die SPD gezwungen, den Nestbeschmutzer und Spaltpilz Benneter politisch mundtot zu machen. Willkommener Anlaß zu seiner Exkommunizierung wurde seine Ankündigung, an einer Demonstration des "Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" teilzunehmen und das KONKRET Interview im Juni. Besonders anstößig erschienen dem SPD-Oberen Bahr folgende Äußerungen Benneters:

- "Für uns Jusos ist die Mitgliedschaft in der Partei kein Dogma, an dem wir nun in jedem Fall festhalten. Wir müssen sinnvoll mitarbeiten können."
- "Die SPD ist von ihrer Tradition und ihrem Programm her verpflichtet, das Parteienspektrum als klassen=

spezifisches Spektrum anzusehen. Unter diesem Aspekt sind CDU und CSU die Parteien des Klassengegners während die Kommunisten unsere politischen Gegner, nicht aber Klassenfeinde sind."

...und die Folgen

Wenn Benneter auch sehr bald von einem Zusammengehen mit dem "Komitee" Abstand nahm, so wurde er doch der Parteilaison geopfert. Am 25. April 1977 beantragte der Parteivorstand der SPD, Kurt Schumacher aus den Reihen der Sozialdemokraten zu verstoßen. Anstelle des toten Schumacher soll es der lebende Benneter sein, an dem der Ausschluß vollzogen wird. Auch Benneter hält die marxistische Klassenanalyse für nichts Überaltertes. (KONKRET 6/77) 30 der 36 Mitglieder des Parteivorstandes stimmten für den Ausschluß und zensierten damit Schumacher, der gesagt hatte: "Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammern und über Bord zu werfen... Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes nichts Überaltertes weil er durch die Realitäten wirklich bejaht wird."

Die 3 Verbote

Obwohl es Benneter zunächst auch noch gelang, den Antrag a.G. eines Formfehlers für nichtig zu erklären, so wurde dieser doch am 16. Mai wiederholt gestellt: "Klaus-Uwe Benneter wird beschuldigt

- a) die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten hineinführen zu wollen,
- b) die Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD zur Disposition zu stellen
- c) erklärt zu haben, Kommunisten seien Gegner, CDU/CSU dagegen Klassenfeinde." (Unser Weg 10.6.77)

Wenn auch so manche Juso-AG aus bundesdeutschen Ländern ihre Solidarität mit Benneter bekundete, wenn auch vereinzelte junge Sozialisten trotzig ihr Parteibuch zurückgaben und wenn auch so manche Solidaritätskundgebung stattfand, so galt doch: "Die Partei zieht durch" (Spiegel 23.5.77).

Den größten Coup landete die Hamburger SPD, als sie 54 Jusos den Parteiausschluß androhte, weil sie sich mit ihren ehemaligen Bundesvorsitzenden auch inhaltlich solidarisch erklärt hatten.

Ebenso wurde am 26. Juni der Partei-Exorzismus über Mechthild Jansen (Bundesvorsitzende SHB) und den Professoren Stuby und Kade gebetet, weil sie sich an Kundgebungen des "Komitees" beteiligt hatten.

Päpstlicher als der Papst war sie wieder einmal - unsere Mutterpartei; Gralshüterin des demokratischen Sozialismus und schwarz-rot-goldener Kommunistenfresser.

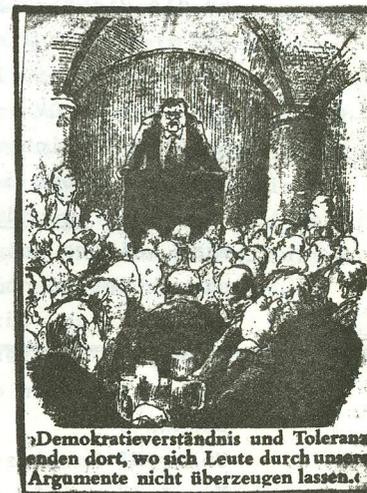
Unsere Solidarität

Uns linken Jusos in Gmhütte wurde schon frühzeitig klar, daß die Maßnahmen gegen Benneter auch uns treffen sollten. In der Diskussion "was tun" ergab sich, daß unsere Solidarität mit Benneter nur dann etwas wert sein konnte, wenn eine solche Erklärung nicht gleichzeitig eine Distanzierung von ihm in bestimmten Punkten enthielt. Man kennt das ja: wir sind solidarisch, aber... Und dann interpretiert man und baut goldene Brücken, die nur leider langfristig keine festen Fundamente haben. Somit distanziert man sich letztendlich und gibt der Parteispitze zu verstehen, daß man stillhält, wenn die Linke gebeutelt wird.

Wir faßten dann also folgende Resolution, die von 19 Juso-Genossen aus Gmhütte unterzeichnet wurde:

Resolution

"Die Juso-AG Georgsmareinhütte verurteilt entschieden den vorläufigen Ausschluß und das eingeleitete Parteiparierungsverfahren gegen den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, in der SPD, Klaus-Uwe Benneter. Wir sind der Meinung, daß die von Benneter in der Zeitschrift "KONKRET" geäußerten Positionen innerhalb der SPD legitimerweise vertreten werden dürfen. Wir stellen uns auch inhaltlich voll hinter die umstrittenen Äußerungen Benneters. (s.o.)



Demokratiieverständnis und Toleranz enden dort, wo sich Leute durch unsere Argumente nicht überzeugen lassen.

Benneter gibt in seiner Stellungnahme lediglich innerhalb der Jusos selbstverständliche Positionen wieder.

Wir sind der Überzeugung, daß die Maßnahmen der Partei als Manöver zu verstehen sind, in der Öffentlichkeit von der allgemeinen Misere der SPD abzulenken.

Unsere Solidarität mit Benneter läßt die Identifizierung mit seinen theoretischen Grundpositionen offen. Wir sind aber der Meinung, daß der "Fall Benneter" zum Testfall dafür geworden ist, ob in der SPD noch marxistische Positionen vertreten werden können, die auf eine grundlegende Änderung des herrschenden kapitalistischen Systems abzielen."

Die Diskussion im Ortsverein...

Nach unserer Resolution ergab sich einige Zeit später ein Gespräch mit dem SPD-Parteivorstand Gmhütte, in dem wir die Genossen aber nicht davon überzeugen konnten, daß die Äußerungen Benneters durchaus in den Rahmen der SPD gehören. Positiv zu vermerken war, daß überhaupt miteinander gesprochen wurde und diese Auseinandersetzung innerhalb der Partei blieb. (Dies war auch unser Verdienst, da wir die Resolution nur in der SPD verbreitet hatten: BuVo SPD und Juso, Juso-Vorst. UB und Juso-Bezirksvorst., OV-Vorst. Gmhütte).

Betrüblich für uns war der ungebrochene Glaube des OV-Vorst. an die Richtigkeit der Entscheidungen des Parteivorstandes. Die Parteimitgliedschaft ist für viele SPD-Genossen wohl tatsächlich ein Dogma, daß nicht hinterfragt werden darf. Auch sah im OV-Vorst. leider kaum jemand die Abhängigkeit des innerparteilichen Kampfes gegen die Juso-Linke von dem stetigen Abbau demokratischer Rechte in der BRD.

...und im Unterbezirk

Eine weitere Folge unserer Initiative in Sachen Benneter war eine außerordentliche UB-Konferenz der Jungsozialisten. Diese stellte sich -für uns überraschend- voll hinter Benneter, indem sie die Resolution der Hamburger Jusos annahm. (Interessanten können diese bei uns bestellen) Die Folgen sind bekannt:

Unser UB-Vorsitzender Schwanhold trat zurück und der SPD-Vorstand drohte auch hier.

Seitdem warten wir und sind gespannt auf Weiteres.

Jedoch: Werden wir Jusos in die innere Emigration gehen? Nein! Wir werden mehr arbeiten und mehr erreichen in und durch die SPD als je zuvor. Denn trotz alledem: wir haben die besseren Argumente!

PS: Woher kommt wohl folgendes Zitat?

"Die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik brachte einer kleinen Schicht Reichtum und Macht, den Lohnarbeitern zunächst nur Not und Elend. Die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen - das war und das ist der Sinn des Sozialismus."

Nein, falsch. Nicht aus einer kommunistischen Kampfschrift, sondern aus dem Godesberger Programm (S. 26)

Wir sind der Meinung, daß es für eine fundierte Diskussion innerhalb der SPD unerlässlich ist, einige theoretische Grundpositionen der Jusos zu kennen. Wir wollen uns deshalb -beginnend mit der nächsten Ausgabe- mit der Stamokap-Theorie, den Antirevisionisten und der alten Bundesvorstandslinie auseinandersetzen. Ohne nun dadurch eine abstrakte und selbstzerstörerische Theoriediskussion anzufachen zu wollen, hoffen wir doch, daß dadurch das Selbstverständnis der SPD neu überdacht wird.

Neuer Juso-Vorstand in Georgsmarienhütte oder:

Die Juso-AG-Georgsmarienhütte auf dem Wege zu neuen Ufern

Seit April dieses Jahres haben wir wieder einen (arbeitsfähigen?) Vorstand:

- Vorsitzender: Rainer Korte (Soziologe), Küferstr. 1, (Dröper), Tel. 30770
- Vorstand: Johannes Börger (Sozialarbeiter), Graf-Ludolf-Str. 13 (Kloster Oesede)
- Benno Haunhorst (Student), Siedlung Dörenberg 29 (Oesede), Tel. 40196
- Hermann Raufharke (Arbeiter), Rosenplatz 1 (Oesede)
- Michael Schürmeyer (Bankangestellter, ab 1.10. Soldat), Mühlenbreite 12 (Kloster Oesede).

Seit dieser Wahl - die in erster Linie einen Neubeginn in der Juso-Arbeit bewirken sollte - gab es folgende Aktivitäten:

1. Diskussion in der Juso-AG und Auseinandersetzungen mit der örtlichen SPD um den Benneter-Konflikt (vgl. dazu auch den Artikel "Päpstlicher als der Papst").
2. Kritik an und Information über die örtliche Straßenplanung: u.a. wurde eine Ortsbegehung vorgenommen, eine Diaserie hergestellt sowie auf einer SPD-Hauptversammlung den Genossinnen und Genossen eine umfassende Information gegeben (vgl. auch den Bericht über Straßenplanung in Georgsmarienhütte).
3. Erstellung dieser Zeitung.
4. Diskussion über die weitere Arbeit. Dabei gab es auch Streit - fest steht inzwischen, daß unser vorrangiges Arbeitsfeld die Kommunalpolitik sein wird und wir uns dabei vor allem mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik befassen wollen.
5. Mitarbeit im Unterbezirk der Jungsozialisten.
6. Aktion gegen Atomenergie bei der Falken-Bezirkskonferenz im Jugendzentrum. Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Sozialistischen Büro ist leider nicht zustande gekommen.

An unseren wöchentlichen Versammlungen (z.Zt. Dröper, Küferstraße 1), die für alle Jusos offen sind, kommen momentan

jedesmal etwa 10 - 12 Genossen (die Betonung liegt auf -en = männlich!). Sogenannte Vorstandssitzungen gibt es nicht. Entscheidungen werden von allen anwesenden gemeinsam gefällt.

Weitere Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit werden und können u.a. sein:

- Wirtschaft und Finanzen (zu diesem Zwecke hat am 26.8. auch ein Treffen mit Vertretern der AfA stattgefunden, über das wir in der nächsten Nummer berichten werden).
- Knüpfung engerer Kontakte zum Sozialistischen Büro und den Falken in G.M. Hütte.

- Herstellung von Kontakten zum Jugendzentrum in G.M.hütte.
- und nicht zuletzt: Fortsetzung der 'theoretischen' Diskussion (diesem Zweck soll u.a. auch diese Zeitung dienen).
- verstärkte Mitarbeit in der SPD, vor allem in den verschiedenen Stadtbezirken.

Weitere Schwerpunkte hängen von den Interessen und Impulsen der aktiven und noch zu aktivierenden Jungsozialisten ab.

(Überflüssig zu sagen, daß wir auf weitere Genossinnen (!) und Genossen hoffen.)



**Jungsozialisten
in der SPD**

Aufgespießt

„Die Fete war ein voller Erfolg. Nachdem dieser Termin von der AG beschlossen worden war, waren schließlich sechs Leute, davon fünf Genossen, anwesend. Trotz gährender Leere wurden 20 Liter Bier getrunken und ließen einen das ganze Elend vergessen. Die Anwesenden sind der Ansicht, daß auch dies als ein weiterer Beweis für die große Solidarität innerhalb des Verbandes gelten darf. Mit neuem Selbstvertrauen werden wir so gestärkt auch weiterhin die winzigen Probleme anpacken, die die Jusos im Moment haben.“

Aus einem Rundbrief der Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft Bonn-Nord.

(aus der Frankfurter Rundschau vom 16. Aug. 1977)

Die "Bertrand Russell Peace Foundation Ltd." hat bisher zwei "Russell-Tribunale" durchgeführt, die weltweite Beachtung fanden: das erste 1966/67 in Stockholm (Präsident: Jean-Paul Sartre) gegen den Vietnamkrieg; das zweite 1973/75 in Brüssel und Rom (Präsident: Prof. Lelio Basso) gegen Repression in Lateinamerika.

Ein drittes Tribunal soll nun über Repression in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Ein solches Verfahren findet unter strengen Bedingungen des internationalen Rechts in Form einer Gerichtsverhandlung statt und wird von anerkannten und angesehenen Persönlichkeiten geleitet.

Die Vorbereitungen für dieses Tribunal zur Unterdrückung in der BRD laufen seit der Mitte des vergangenen Jahres und werden im wesentlichen von folgenden Gruppen getragen: Sozialistisches Büro (SB), Kommunistischer Bund (KB), Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) sowie Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID).

Am 1. Febr. 1977 rief die Russell-Stiftung auf, ein Tribunal vorzubereiten. In dem Aufruf wird um internationale Unterstützung geworben und gefordert, nationale Unterstützungskomitees zu bilden, die die finanziellen Mittel für das Tribunal aufbringen und dokumentarisches Material über Unterdrückung sammeln sollen.

Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Gruppen des westdeutschen Komitees, die die Vorbereitungen für das Tribunal behinderten, hat die Russell-Stiftung im Mai dieses Jahres ein provisorisches Sekretariat ernannt, dem folgende Personen angehören: S.Cobler, Jurist (SB), E.Röttcher, Studentenpfarrer (Evangelische Studentengemeinde, ESG), K. Dieckmann (Aktionskomitee Berufsverbote), E.Diederichs, Studentin (ESG) und D.Haritz (Humanistische Union).

Als Gegenstand der Anklage hat die Stiftung folgende Themen festgelegt:

- Berufsverbote (nach dem sogenannten Radikalenerlaß) und deren Ausweitung über den öffentlichen Dienst hinaus.
- Einschränkung der Rechte von Verteidigern und Angeklagten in Strafprozessen.

- Abhör- und Lauschaktionen
- neue Polizeigesetze
- strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerung.

Es ist zu erwarten, daß das Russell-Tribunal unter starker internationaler Beteiligung ablaufen und große internationale Beachtung finden wird. So haben sich bereits in Schweden, England, Niederlande, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien und der Schweiz Unterstützungskomitees gebildet.

Bericht über die SPD - Ortsvereinversammlung vom 5. August 1977

Über das Referat Hans Kaisers und die Delegiertenwahl für den Unterbezirksparteitag gibt es hier nicht viel zu berichten. Für uns Jusos war wesentlich, die Diskussion über das Verhältnis der Jusos zur Partei. Daß dieser Punkt auf der Tagesordnung stand war u.a. eine Folge unserer Resolution zum Konfliktfall Benneter.

Die Jusos wurden aufgefordert, ihre Position zur Partei gerade in der jetzigen Situation aufzuzeigen. Wir waren darauf nicht vorbereitet, eigentlich - so hatten wir gedacht - würde der Parteivorstand seinerseits offensiv und brächte hierzu Diskussionspunkte ein.

Wir erklärten unsere Stellungnahme zu Benneter, warnten vor einem Radikalenerlaß innerhalb der Partei, bemängelten, daß die Grundwerte unserer bürgerlichen Gesellschaft gerade unter einer SPD-Regierung ständig weiter abgebaut würden, kritisierten die Vermögenssteuersenkung, den Mitbestimmungskompromiß, die Unfähigkeit, brauchbare Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu tun usw.

Leider waren dieses sehr allgemeine Punkte, so daß allgemein geantwortet wurde. Als Argument gegen viele Kritikpunkte mußte mal wieder die Koalition hinhalten. Ernster wurde es, als unsere Stellung zu den Kommunisten zur Debatte stand, sich für Kommunisten einsetzen ohne Kommunist zu sein, das wollte nicht überzeugen und dann natürlich der Terrorismus, wir müßten aufpassen, nicht in diese Richtung gedrängt zu werden.

Alles in allem: Keine richtige Diskussion!

Dazu wurde auf einer viel zu allgemeinen und unverbindlichen Ebene geredet. Sicher war das auch eine Folge unserer Diskussionsbeiträge. So war es uns nicht gelungen, die von uns gesehenen Fehler der SPD so zu benennen, daß sie von vielen Genossen ernstgenommen worden wären. Einer unserer Fehler war auch wohl der Sprachgebrauch: es fiel auf, daß wir bestimmte Begriffe ganz anders verwenden, als sie alltagssprachlich üblich sind. Vielleicht liegt auch hier ein Grund dafür, daß sich viele Genossen an der Diskussion nicht beteiligten, obwohl sie sicherlich ihre Meinung zur SPD-Politik haben.

Die Genossen, die die SPD-Politik verteidigen, muß die Frage gestellt werden, ob sie überhaupt eine andere wollen? Und ob nicht möglicherweise die Entschuldigung, wir würden ja gern, aber die Koalition und. und. und. , ein Versuch ist, inhaltlichen Diskussionen auszuweichen.

Dann wären die Entschuldigungen für die derzeitige Politik keine ernstgemeinten, sondern ein Ablenken von der Tatsache, daß man eine andere nicht will.

Aber eben diese inhaltliche Diskussion muß in der Partei geführt werden. Aber so, daß sie über tagespolitische Notwendigkeiten hinausweist. Sie muß allerdings auch konkret geführt werden und darf nicht im Allgemeinen ersticken.

"Erziehung (oder in unserem Fall: sozialdemokratische Politik) ist auch Anpassung an die gesellschaftlichen Zwänge, aber ohne das Träumen zu verlernen und das Hoffen vergessen zu machen." (Götz Aly)

Und Helmut Kentler hat einmal der Jugendarbeit die Aufgabe zugeschrieben, "das Wissen vom Besseren wachzuhalten", auch das dürfte für die Arbeit der Jusos gelten.

Wir werden also verstärkt daran arbeiten müssen, ernstgemeinte und ernstzunehmende Alternativen vorzulegen, Alternativen an denen man nicht vorbei kann. Das bedeutet Arbeit, ist aber sinnvoller als oberflächlicher Schlagabtausch auf einer doch unverbindlichen Allgemeinebene.

Bücher

Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte zehn Jahre danach
rororo aktuell Nr. 4119, 7,80 DM, ersch. 1977

Vor 10 Jahren war der Höhepunkt der Studentenbewegung (am 2. Juni 1967 wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorge erschossen) - Anlaß genug sich zurückzubedenken und vor allem zu fragen, was aus den damaligen Zielen und politischen Vorstellungen geworden ist. Gerade für uns Jusos ist es von großer Bedeutung, ob der Gehalt (Inhalt) und die Akteure der damaligen Bewegung kanalisiert, integriert, angepasst oder schlicht liquidiert sind oder in unserer politischen Arbeit eine Fortsetzung gefunden haben.

Eine Antwort von den Personen der Bewegung her zu finden, versucht P. Mosler im hier vorgestellten Buch zu geben. Er hat zahlreiche - unbekannte - 'Mitglieder' der damaligen APO (außerparlamentarischen Opposition) besucht, interviewt und sie die Studentenbewegung von damals und ihren politischen Weg bis heute beschreiben lassen. Aus einer Vielzahl von Einzelschicksalen (genau 18 Personen) wird dadurch ein breites Bild der Studentenbewegung gezeichnet: die verschiedenen Strömungen werden deutlich, Abspaltungen und Aufsplittungen in die verschiedensten Gruppierungen erscheinen verständlicher, Erfahrungen, Kritik und Selbstkritik der Beteiligten werden formuliert - kurzum: man bekommt ein umfassendes Bild der APO von damals bis zu den Linken heute.

Insbesondere für Leser, die sich erstmalig mit der APO und der Studentenbewegung befassen wollen, liegt hiermit eine vorzügliche und vor allem interessant lesbare 'Einführung' vor. Ergänzt werden die persönlichen Schilderungen durch die hervorragende Chronologie der Studentenbewegung von W. Kraußhaar im Anhang, die die Studentenbewegung vor dem Hintergrund der Weltpolitik von 1955 bis 1970 darstellt.

Für denjenigen, der sich dann noch weiter informieren möchte, wird das Buch durch eine Literaturliste mit den für die Studentenbewegung wichtigsten Büchern ergänzt.

Als Ergänzung zu Peter Moslers Rückblick bietet sich jetzt der als Taschenbuch herausgekommene Roman von Uwe Timm "HeiBer Sommer" an.

Dieser Roman macht das Thema "Studentenbewegung", welches heute schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und Reflexionen ist, lebendig. Hier steht der Student Ullrich im Mittelpunkt. Seine Studienschwierigkeiten, Alltagsprobleme, Elternhaus, Beziehung zu Frauen. Und so ist die Politisierung des Ullrich eine persönliche, somit eine nachvollziehbare. Hier wird der Zusammenhang zwischen persönlicher Situation und der Motivation zum politischen Engament deutlich.

Der Weg Ullrichs vom eher unpolitischen Studenten zu einem politisch aktiven verläuft nicht immer glatt. Rückschläge, Resignation, Unsicherheit durchkreuzen immer wieder seine Pläne, werfen zurück, bringen weiter. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus der individuellen Situation, aber auch aus der politischen Lage. Ein Problem ist die Aufsplitterung der Linken, die damit verbundenen Diskussionen über den "richtigen Weg". Ullrich probiert vieles. Er schmeißt beispielsweise sein Studium hin, um Erfahrungen im Arbeitsalltag zu machen. Hier erhält er Impulse, die ihn zum Weiterstudieren bewegen ...

Dieser Roman ist spannend, eben weil er so persönlich ist. Er ist aber auch für die politische Diskussion nützlich. Denn die "damals" diskutierten Fragen wie die Beziehung zwischen Intellektuellen und Arbeitern, die "Verbürgerlichung der Arbeiterklasse", die Notwendigkeit von revolutionärer Gewalt und viele andere mehr sind auch heute noch aktuell. Und nur die Weiterverfolgung solcher Fragen ist sinnvoll, nicht aber ein Lesen im nostalgischen Sinne mit einem verklärten "damals" auf den Lippen.

Uwe Timm: HeiBer Sommer, Reinbek 77, rororo 4094, 5,80 DM

Straßenplanung in Georgsmarienhütte

Auf der Hauptversammlung des Ortsvereins am 28. April brachten wir Jusos ein vielbeachtetes Antragspaket zum Flächennutzungsplan ein, in dem wir sechs neu geplante Straßen kritisierten. Der Antragsbegründung gingen folgende Grundsätze voran:

1. Georgsmarienhütte schmückt sich offiziell gern mit dem Titel "Stadt im Grünen". Vernünftige Stadtplanung sollte an diesem Anspruch gemessen werden. Die SPD muß diese "Stadt im Grünen" bewahren und weiter ausbauen.
2. Stadtplanung kann heute nicht mehr einseitig das Verkehrsmittel Auto bevorzugen, besonders deswegen nicht, weil die ökologische Struktur unserer Umwelt zunehmend gefährdet ist.
3. Bevor neue Straßen gebaut werden, ist zunächst zu prüfen, ob nicht der Verkehrsfluß mit dem alten Straßennetz, das natürlich ausgebaut werden muß, zu gewährleisten ist. Erst wenn dann noch Engpässe entstehen, sollte der Neubau von Straßen vorgenommen werden.
4. Straßenneubau muß sorgfältig geplant werden. Gewachsene Wohnstrukturen, Erholungsgebiete, Grünflächen etc. dürfen nicht weiter zerstört werden. Lebensqualität ist mehr als schnelles und zügiges Autofahren.
5. Die ohnehin knapp gewordenen öffentlichen Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden. Hier sollte der soziale und kulturelle Sektor verstärkt unterstützt werden.

Mit zwei Anträgen ernteten wir einen spontanen Erfolg: Der erste wandte sich gegen die Begradiung der L 95 in Kloster Oesede und der zweite gegen die Verlegung der B 51 durch den Musenberg. Drei weitere Anträge riefen im OV die Erkenntnis hervor, daß die derzeitige Planung dieser Straßen äußerst mangelhaft und eine neue Diskussion erforderlich ist. Es handelt sich da um die Nord-Süd Verbindung "Schaunroth" und um den "Südring" in Oesede, sowie um den Ausbau des "Stadtringes". Der letzte Antrag, der sich gegen die Verlegung der L95 durch den Kasinopark aussprach, wurde abgelehnt.

nachrichten...

- ... Michael Schürmeyer ist auf der UB-Konferenz der Jungsozialisten am 13. August in Fürstenau in den Unterbezirksvorstand gewählt worden. Er will sich dort vornehmlich mit Arbeitnehmerfragen und mit Schulungen zum Betriebsverfassungsgesetz befassen.
- ... für die SPD-Unterbezirkskonferenz, auf der u.a. der SPD-Landtagskandidat gewählt werden wird sind folgende Jusos aus Georgsmarienhütte als Delegierte gewählt worden: Norbert Vinke, Klaus Hengelbrook und Rainer Korte. Michael Schürmeyer ist erster Ersatzdelegierter.
- ... für die Bezirkskonferenz der Jungsozialisten am 18. Sept. in Osnabrück ist Rainer Korte von der UB-Konferenz als Delegierter gewählt worden. Günther Pogge-
mann wurde Ersatzdelegierter.
- ... Johannes Börger und Hermann Raufharke sind als Vertreter der Jungsozialisten für den Stadtjugendring benannt worden.
- ... da Peter Witte aus dem Stadtrat ausscheidet, rückt Rainer Korte für ihn nach.
- ... es geht das Gerücht um, daß die 'Jungen Nationaldemokraten', also die Nachwuchsorganisation der NPD, am 17./18. September in Osnabrück ihren Bundeskongreß durchführen wollen. Dabei soll angeblich auch ein Umzug durch die Stadt geplant sein.

Informationsmaterial über bzw. gegen Atomenergie

ist zum Preis von insgesamt 7,- DM (inkl. Porto) bei uns zu beziehen. U.a. enthält das Material eine Literaturliste, das Manuskript der Radiosendung 'Kommt Zeit, kommt Unrat', die Schriftenreihe des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz und die Schriftenreihe des Bundes für Umweltschutz.

Gegen Voreinsendung von Briefmarken oder eines Schecks erhältlich bei Jusos G.M.Hütte, Küferstraße 1, 4504 G.M.Hütte
